

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

17.6.1869 (No. 140)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 17. Juni.

N. 140.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitspaltel oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Telegramme.

† Berlin, 16. Juni. Zollparlament. Die Tarifreform-Ermäßigungen wurden alle angenommen nebst einem Amendement, die Zollfreiheit auf Reis zur Stärkefabrikation betreffend. Die Petroleumsteuer wurde mit 155 gegen 93 Stimmen abgelehnt.

† Florenz, 15. Juni. Demagnì wurde zum Präfecten von Livorno ernannt. De Luca legte der Kammer den Bericht über drei Finanzkonventionen vor, in welchen er deren Verwerfung beantragt.

* London, 15. Juni. Oberhaus. Fortsetzung der Debatte über die irische Kirchenbill. Graf Clarendon und Lord Romilly verteidigten die Vorlage in der Fassung des Unterhauses, während Lord Redcliffe, Graf Carnarvon und der Erzbischof von Canterbury sich für Annahme derselben mit verschiedenen Amendements aussprachen. Der Herzog von Rutland befürwortete die einfache Verwerfung.

Hongkong, 27. Mai. Die Angelegenheit wegen der dem französischen Geschäftsträger Rochonart erteilten Ehrbeleidigung ist beigelegt. Die chinesische Regierung hat sich entschuldigt.

Deutschland.

Karlsruhe, 16. Juni. Es sind in letzter Zeit wiederholt politische Nachrichten, welche nur mit Verletzung des Dienstgeheimnisses oder schuldiger Diskretion veröffentlicht werden konnten, unter dem Datum Karlsruhe in die Welt gesandt worden. Wir waren kürzlich in der Lage, durch Abweichungen im Texte der veröffentlichten Urkunde und andere Zusätze unabweisbar nachzuweisen, daß eine solche Korrespondenz aus andern, als hiesigen Quellen geschöpft und wahrscheinlich an einem andern Orte verfaßt und aufgegeben war. Eine neuerliche telegraphische Mitteilung über eine angeblich von der königl. bayerischen Regierung an die Regierungen der andern süddeutschen Staaten gerichtete Einladung würde, wenn die Nachricht wirklich begründet und daher aufgegeben war, eine dienstpolizeiliche Untersuchung gerechtfertigt haben.

Es hat sich jedoch auch in diesem Falle auf Nachforschung seitens der zuständigen Behörde, wie vorhergesehen, sofort herausgestellt, daß das fragliche Telegramm nicht in Karlsruhe aufgegeben wurde. Wir lassen die betreffende Beurkundung des über diese und nur über diese Frage zur Auskunft aufgegebenen hiesigen Telegraphenamtes hier folgen:

„Auf Veranlassung der vorgesetzten Behörde wird von dem unterzeichneten Telegraphenamte hierdurch beurkundet, daß das in den öffentlichen Blättern enthaltene Telegramm d. d. Karlsruhe, den 11. d. M., des Inhalts:

„Die Bayerische Regierung hat an die süddeutschen Staaten die Einladung ergeben lassen, über die kirchenrechtlich-politischen Fragen, über welche Beschlüsse des Konzils wahrscheinlich sind, Gutachten der katholischen Professorenkollegien einzuholen.“

von der hiesigen Telegraphenstation nicht abgegeben wurde, und daß überhaupt ein Telegramm ähnlichen Inhalts zwischen dem 6. und 12. d. Mts. dahier nicht aufgegeben worden ist. Karlsruhe, den 16. Juni 1869.

Großh. Telegraphenamte.
Schw. d.

Die Mündung des Framp.

(Fortsetzung aus Nr. 139.)

III.

Master Stafford's Krankheit war, wie Sir Walter es vorausgesetzt hatte, erster Art und sein Zustand erforderte längere Zeit so vollständige Ruhe, daß nur Mrs. Lynch und Honor Zutritt zu seinem Zimmer hatten; aber lange ehe er sichtbar wurde, war die ganze Familie daran gewöhnt geworden, sein Lob von der alten Dame jungen zu hören, erstens wegen seiner Frömmigkeit und Geduld, dann wegen anderer edlen Eigenschaften, die er einflachte, je mehr er in seiner Genesung voranschritt.

Ihre mütterliche Fürsichtigkeit, so neu und köstlich für Einen, der, seit er seine Eltern durch einen fürchterlichen Tod verloren hatte, nie mehr in nähere Berührung mit dem weiblichen Geschlecht gekommen war, wurde mit tiefer Dankbarkeit und Zuneigung erwidert, und als er im Stand war, in die Halle gebracht zu werden, war die Zulassung zu einem freiblichen innigen Familienleben ein eben so neues, unbekanntes, als tief empfundenes Glück für ihn. Er war ganz und gar das nicht, was Grace und Amise sich unter einem Scroffler aus dem fernem Westen vorgestellt hatten. Die langsame Bewegungen voll Anstand, der leise und sanfte Ton seiner Stimme, die bleiche, zarte Olivenfarbe seiner Haut, die träumerische Tiefe seiner braunen Augen, der zarte Schnitt seines Gesichtes hätten besser für einen Poeten, als für einen Seemann gepaßt. In seinem Anzug bezeugte er eine fast ängstliche Pünktlichkeit, eine feine Gewähltheit des Ausdruckes in seiner Sprache und eine höfliche Sprödigkeit in seinem Benehmen gegen Damen, welche Mark verspottet hätte, wären ihm nicht die tapferen Thaten Stafford's bekannt gewesen.

Grace und Amise würden ihren Helden wie zwei Schwämmen bedient haben, wenn er es zugegeben hätte, allein er setzte sich ihrem Vorhaben, Alles für ihn herbei zu holen und zu tragen, mit solcher Festigkeit entgegen,

Ludwigshafen, 14. Juni. Der „Pfälz. Kur.“ schreibt: „Die Komunalversammlung marschirt. In Kaiserslautern hat dieselbe einen glänzenden Triumph gefeiert, indem von 2217 Stimmberechtigten aller Konfessionen 2133 Stimmen abgegeben wurden, und zwar 2124 dafür, 9 dagegen. Es hatten sich nur 84 Berechtigte der Abstimmung enthalten, wovon 52 der katholischen, 30 der protestantischen und 2 der israelitischen Glaubensmeinung angehören. Das Ereignis wurde mit großen Festlichkeiten begangen. Die Bewegung wird indessen nicht in Kaiserslautern stehen bleiben; schon bereitet sich K r i c h e i m b o l a n d e n v o r. Auch hier in Ludwigshafen ist dem Benehmen nach die Sache bereits in Angriff genommen.“

München, 11. Juni. Der „Allg. Ztg.“ wird von hier geschrieben: „Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Bildungsanstalten für die katholischen Theologen einen Gegenstand der Verhandlungen auf dem Konzil bilden werden. Neuerdings verlautet sogar, daß das Referat über diese wichtige Frage ursprünglich zwar einem der deutschen Universitätsprofessoren, welche als Konsultoren für das Konzil nach Rom berufen wurden, übertragen war, später aber einem ebenfalls als Konsultor fungierenden Domherrn (Molitor?) zugewiesen wurde. Was dieser Wechsel zu bedeuten hat, ist unsicher zu erkennen; daß es auf einen Schlag gegen die theologischen Fakultäten auf den deutschen Universitäten abgesehen ist, liegt offen zu Tage. Dieser Schlag würde aber die Lebenskraft der katholischen Theologie an empfindlichste schädigen und den Klerus — das ist unsere positive Ueberzeugung — in seiner sozialen Stellung weit mehr erniedrigen, als dies die heftigsten Feinde der Kirche zu thun im Stande sind.“

Darmstadt, 14. Juni. (Fr. Z.) Ein an die Zweite Kammer der Stände gerichteter Antrag des Abg. Dumont bezweckt die Revision der Verordnung von 1816, die Einführung des 24 Gulden Münzfußes betreffend, welche Verordnung, wie die Motive des Antrages bezeugen, nicht mehr den im Gefolge der Münzverträge von 1837 und 1858 veränderten Münzverhältnissen entspricht und woraus sich insbesondere für solche Reichthümer, für welche nach der Gesetzgebung Rheinens in Franken ausgebrachte Summen in Betracht kämen (z. B. für die Appellabilität) Schwierigkeiten ergäben. Ueber den Antrag des Abg. K r i s t l e r, auf Aufhebung der Gehalte älterer Volksschullehrer und zwar in der Weise, daß den Lehrern, welche nach der Verordnung von 1864 400 fl. beziehen, weiter von 5 zu 5 Jahren eine Zulage von je 50 fl. bis zur Erhöhung ihrer Gehalte auf 500 fl. zu Theil werden soll, hat der Finanzausschuß Bericht erstattet, in welchem das Steigen der Besoldungen, wie beantragt, als ein Verhältniß bezeichnet wird, das bei keinem andern Dienst in solcher Weise vorkomme. Der Ausschuß hält es ferner für selbstverständlich, daß sich hierdurch die Last der Staatskasse unverhältnismäßig vergrößern, und daß ebenso daselbst aber auch demnächst bei solcher Steigerung des Lebensverhältnisses der Lehrer nicht mehr entsprechen würde. Er beantragt daher, auch in Rücksicht darauf, daß die Lage der Volksschullehrer erst kürzlich wesentlich verbessert und die Finanzen des Landes inzwischen bedeutend alterirt worden sind, den in Rede stehenden Antrag zur Zeit abzulehnen.

Darmstadt, 15. Juni. Abgeordnetenkammer. In der heutigen Sitzung wurde die Einführung der Maß-

und Gewichtsordnung des Norddeutschen Bundes für die nicht zum Bund gehörigen hessischen Provinzen Starkenburg und Rheinhessen beschlossen.

Deffau, 10. Juni. Der „Bank- und Handelszeitung“ zufolge hat der Landtag heute die Beseitigung der hier zu Lande noch bestehenden besonderen Formen des Judentums beschlossen.

Hannover, 14. Juni. (Köln. Ztg.) König Wilhelm traf gestern zur programmatischen Stunde hier ein und wurde auf dem zierlich ausgeschmückten Bahnhofe vom Großherzog von Mecklenburg und dessen Sohn Paul, vom Grafen Stolberg, der Generalität und den Chefs der Zivil- und Militärbehörden empfangen; auch der Stadtdirektor und der Bürgerworthalter waren, begleitet von je zwei Mitgliedern der städtischen Kollegien, zugegen. Gegen diese Herren äußerte der Monarch, wie es ihn freute, daß die Reise habe stattfinden können, und daß er diesen Empfang finde; daß er aber, wie er bereits dem Oberpräsidenten kundgegeben, keine besondere Veranstaltungen wünsche, da er noch kurzer Zeit schon zum zweiten Male hier einkehre und öfters zu kommen gedenke. Dann erkundigte sich der König nach den hiesigen industriellen Anstalten, besonders nach der Casstorf'schen unlängst von Hrn. Stroussberg erstandenen Maschinenfabrik. Daß Se. Majestät unermüdet sofort nach der Ankunft in das Gespräch nach verschiedenen Seiten eingehen konnte, zeugt für die völli- ge Herstellung. Nach den Berichten der Blätter wurde der König und eben so Graf Bismarck beim Erscheinen im Freien mit lautem Jubel begrüßt, junge Damen vor dem Perron überschütteten den königlichen Wagen mit Blumen. An der Häuserreihe, die der König, den Oberpräsidenten zur Seite, durchfuhr, war vielfach mit den preussischen, den stadthannover'schen und den Bundesfarben geflaggt; ein Amerikaner hatte auch sein Sternenbanner aufgezogen. Kriegsminister v. Moos folgte im 2. Graf Bismarck, in der Generalsuniform, im 3. Wagen. Vor dem Georgen-Park-Schlosse, wo der König wohnt, spielten Abends Mittelmusiken den Zapfenstreich und sangen Mitglieder hiesiger Liedertafeln einige patriotische Lieder. Heute früh wurden sämmtliche Truppen auf dem Waterloo-Platz in Parade dem Monarchen vorgeführt, der dann die Polytechnische Schule und einige andere Anstalten besuchte. Im Theater wird eine bunte Szenenreihe gegeben und nach dem Schauspiel hat der König noch dem Tivoli-Garten einen Besuch zugebracht, wo die Bürger, die dem Magistrat eine Petition um offiziellen Empfang des Königs übergeben hatten, ihm die Ehre erweisen und eine Kollation bereiten werden.

Bremen, 15. Juni. Se. Maj. der König von Preußen ist heute Morgen 11 Uhr hier eingetroffen und wurde auf dem Bahnhofe von vier Mitgliedern des Senats empfangen. Als der König unter dem errichteten Baldachin in den Wagen stieg, um nach dem Absteigequartier im Hanse des Bürgermeisters Meier zu fahren, erschollen aus der dichtgedrängten Menge lebhafteste Hochrufe. Zur Linken Sr. Majestät saß der Bürgermeister Ductwig. Im vierten Wagen folgte der Graf Bismarck, der ebenfalls lebhaft begrüßt wurde; an seiner Seite saß Bürgermeister Meier.

Bremen, 13. Juni. Bekanntlich hatte die hiesige Handelskammer das Zollparlament eingeladen, seine Session in einem Ausfluge hieher, nach Bremerhafen und dem Jahde-

gegen, als ob die Königin den Versuch gemacht hätte, ihn zu bedienen. Sie konnten es nur halb begreifen und kaum ertragen, als der Reconvalszent das Blatt wendete und ihnen tausend kleine Dienste erwies, wofür sie herbeilohnte oder ihnen abnahm, was sie in der Hand trugen, kurz sie mit der edelsten Rücksicht und Aufmerksamkeit eines Hofvagen behandelte. Grace nahm Alles ruhig hin, unterwarf sich allem ohne Umstände und mit vollkommener Unbefangenheit, was sie nicht für schädlich für den Patienten hielt, wenn auch manchmal mit einer eigenhämlich späßhaften Miene; Amise dagegen machte ein reizendes letztes Scherz aus der Sache, lachte manchmal über Master Stafford, manchmal über sich selbst und verlangte in neckischem Tone zu wissen, wie sie die großen Dienste des großen Scharhaken vergelten solle. Master Stafford spielte seine Rolle mit derselben ruhigen Leichtigkeit, die sich in allem, was er that, fund gab, und abgesehen Mrs. Lynch Amise mehr als einmal ausschalt, daß sie zu dreist sei, so geschah es nur in einer Weise, wie sie einem Kinde, für das sie auch wirklich ihre zukünftige Schwiegertochter ansah, einen Vorweis erteilt haben würde.

Mark's scheinbare Gleichgültigkeit gegen das Mädchen wurde indessen durch nichts geändert. Er war ganz von seinem Gast in Anspruch genommen, leistete demselben beständig Gesellschaft und verfolgte ihn mit Fragen über seine Abenteuer und die Orte, die er gesehen hatte, über jede Unterredung, die entweder von Seiten der Mädchen oder durch Stafford's Galanterie, welche dieser bei keiner Gelegenheit verläumt, stattfand, murrend und grollend. Er sah Amise's Redereien und Spielerei mit Stafford als eine Einmischung in seinen Alleinhandel an, und wenn sich etwas wie Eifersucht in die Sache mischte, so war Amise der Rivale, nicht aber der Gegenstand derselben. Es erregte eine wahre Erbitterung in ihm, wenn gerade in dem Augenblicke wo dieser Mann, der so ungern von sich selbst sprach oder nur mit Widerstreben Erinnerungen an vergangene blutige Scenen zurück rief, endlich zu einer belebten Beschreibung eines heißen

Kampfes mit den Spaniern angeregt worden war und — warum geworden durch die Erzählung — mit leuchtenden Augen den Löwenmuth Sir Walter's pries, Amise's Eintritt mit einem ködigen Stachelbrennen, dem für ihn so anziehenden Gegenstand eine ganz andere Wendung gab und daß sodann die erste Unterhaltung in ein kindisches Spiel mit Galanterien überging, in nichtssagendes Geschwätz über Königin Elisabeth und ihre Hofdamen, oder, was noch langweiliger war, in ein fortwährendes Scherzen über die euphemistische Sprache, in welcher Amise Verläufe anstellte, indem sie immerfort über sich selbst, noch mehr aber über Stafford's höfliche, wenn auch späßhafte Zurechtweisungen lachte. Nach einer solchen Flut von leerem Wortschwall gelang es Mark nie, den Schluß der, auf so grausame Weise abgebrochenen Erzählung zu erlangen, und wenn er nach deren Ausgang fragte, so wurde er mit der kürzesten Antwort: „ja, wir nahmen zwanzig Barren Gold mit nur zwei Verwundeten“, oder einer andern ähnlichen Erwiederung abgefertigt.

Mark ahnte nicht, daß Grace eines Tages, bald nach Stafford's Genesung, diesen gebeten hatte, so viel wie möglich zu vermeiden, ihres Bruders heftigen Verlangen nach Unternehmungen und Abenteuer nach Nahrung zu geben, und wenn von seinen Erlebnissen gesprochen werden müßte, ihm eher die düstere als die glänzende Seite derselben zu zeigen.

„Ach, werthe Lady“, sagte Stafford, „so viel ich erfahren habe, ist die Schattenseite gerade so anziehend für junge Leute, wie die Lichtseite. Nicht der Sonnenschein, noch das Gold ist's, das ihre Herzen entflammt, sondern die Gefahren, die Stürme, die Drake und die Kämpfe sind es.“

„Das ist gut“, sagte Grace nachdenklich.
„Es würde gut sein, wenn der Geist beharrlicher wäre“, sagte Stafford in einem gewissen traurigen Tone, „allein das erste Schmecken des Goldes erweckt das Verlangen nach mehr, und was mit dem Durst nach Ruhm und Auszeichnung anfing, endigt mit dem Durst nach Gewinn.“
(Fortsetzung folgt.)

Kriegshafen ebnigen zu lassen. Es ist indessen die Einladung für dieses Jahr dankend abgelehnt worden; die Mitglieder sehen sich bei der vorgerückten Jahreszeit nach Hause. Hier ist man im Allgemeinen darüber nicht gar zu mißvergnügt, da der königliche Besuch ohnehin alle Welt genügend in Anspruch nimmt. — Ein deutsches Haus in Japan hat sich hieher mit dem Ersuchen gewendet, ein von ihm erworbenes Schiff, das unter norddeutscher Flagge fahren soll, hier zu registrieren. Die hiesige Behörde muß Anstand nehmen, darauf einzugehen, weil die Mittel der nach der bestehenden Bundesgesetzgebung unerlässlichen Kontrolle über die Geprüftheit des Kapitäns und der Steuerleute u. dgl. m. fehlen. Es wäre aber andererseits doch sehr zu wünschen, daß auswärts lebenden Deutschen der Besitz deutscher Schiffe ermöglicht würde. Vielleicht ließe sich den Sachkonflikten des Bundes das Registrierungsrecht beilegen. — Es steht eine einheitliche Ordnung des Wäcker-Koosfens bevor.

Berlin, 14. Juni. Zollparlaments-Sitzung vom 14. Juni. Abänderung des Zolltarifs vom 1. Juli 1865. Schluß.

Abg. **Rohr** erklärt sich für die Vorlage und bekämpft vorzugsweise die Ausführungen des Abg. **Sombart** bezüglich der Zuckerfrage. Abg. **Fuchs** ist der Ansicht, daß man besser gethan hätte, die Ermäßigung auf Wein u. c. nicht einzuführen, als nun eine neue Steuer dem Volke aufzulegen. Was die Ermäßigung des Reiszolles anbelangt, so wäre dieselbe für Bayern gleichbedeutend mit einem Steueranfall von 100,000 fl. Das Petroleum dagegen würde durch den Verbrauch in Bayern 218,000 fl. an Steuer eintragen, und da die finanziellen Verhältnisse des genannten Landes auch etwas knapp seien, so werde er gegen die Ermäßigung des Reiszolles und für die Petroleumsteuer stimmen, für die er übrigens auch im vorigen Jahre gestimmt habe. Redner erklärt sich auch gegen die Ermäßigung der Eisenzölle, da er nicht wünsche, daß durch diese Steuer eine große Industrie ohne Noth gefährdet werde und in den Motiven der Vorlage eine gründliche Untersuchung dieser Frage nicht enthalten sei. Er könnte es mit seinem Gewissen nicht verantworten, in einer so wichtigen Sache ohne genaue Grundlages sein Votum abzugeben. (Bravo! recht.)

Abg. **Dr. Braun** (Wiesbaden) führt aus, daß es dem Zollparlament nicht zur Ehre gereichen würde, wenn man sagen werde, der Zollbundesrath wolle den Fortschritt, aber die aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangene Volksvertretung wolle den Zollbundesrath nicht. Die Ausführungen der Vorredner lassen ihn die Vorlage in derselben Gefahr erscheinen, in der sie sich im vorigen Jahre befand. Er bittet daher alle Parteien des Hauses, mit Ausnahme der vorständtlichen (Gelächter), nicht ohne Zustimmung des Tarifs nach Hause zu gehen, sonst würde das spanische Sprichwort Anwendung finden: Zwar haben sie andere Halsbänder, aber es sind dieselben Hunde. (Gelächter.) Was die Petroleumsteuer anbelangt, so sei zu den Gründen, die er im vorigen Jahre gegen diese Steuer geäußert, noch ein sehr wichtiger hinzugekommen. Er befürchte nämlich, daß diese Steuer zugleich eine Steuererhöhung der im Inland erzeugten Beleuchtungsstoffe nach sich ziehen werde. Wenn dies auch für die Herren Finanzmänner eine erfreuliche Aussicht, so glaube er doch nicht, daß eine derartige Perspektive für die Steuerzahler angenehm sei. Redner wendet sich nun gegen die Schutzöllner, speziell gegen den Abg. **Dr. Mohl**, und schließt mit der Bitte, nicht ohne Sang und Klang in der Zollreform zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo links.)

Abg. **v. Sybel** hält unter großer Antheil des Hauses einen längeren Vortrag zu Gunsten des Schutzolles und erklärt sich für Beibehaltung des bestehenden Tarifes, aber für Bewilligung der Petroleumsteuer.

Abg. **Dr. Becker** (Dortmund) wäre geneigt, die Tarifreform auf ein oder zwei Jahre zu vertagen, wenn der Vorschlag, einen Handelsvertrag mit allen kontinentalen Ländern zu schließen, um dadurch Zollermäßigungen auf Gegenseitigkeit herzustellen, Aussicht auf Erfolg hätte. Wer sich aber der Verhandlungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag entsinne, wisse, wie dergleichen Anträge gemeint seien. Damals wollte man mit allen Ländern der Welt zugleich Handelsverträge schließen, aber erst alle Interessen vollständig erwägen. Das germanische Museum ist früher fertig geworden, als mit diesen Erörterungen. (Sehr gut!) Es sei nicht Schuld der Regierungen, wenn die Parlamentarier auf wirtschaftliche Fragen nicht vorbereitet seien. Ein Beweis, mit wie wenig Sachkenntnis geurtheilt werde, sei die von einem Mitgliede dieses Hauses (Dr. Karl Barth — Augsburg) vertheilte Broschüre über „Eisen — Zucker — Garn“, die man der Kuriosität halber aufheben sollte. (Geisterstimm links. Murren bei der süddeutschen Fraktion.) Redner widerlegt sehr ausführlich die Behauptung, daß seit 1865 die deutsche Eisenindustrie sich nicht mächtig entwickelt habe. Das gerade Gegentheil sei der Fall, ohne daß die Eiseneinfuhr gestiegen wäre. Redner wendet sich nunmehr gegen die Denkschrift der Handelskammer zu Hagen, widerlegt dieselbe und meint: Angesichts der riesig steigenden Leistungen unserer Arbeiter sollte man sich schämen, solchen miserablen Sozialismus, wie die Denkschrift enthalte, zu treiben. M. H.! Im Namen der armen Arbeiter, die in ihrer Unwissenheit eine Schrift haben an mich unterzeichnen müssen, in der gesagt wird, ihr Lohn stehe auf dem Spiele, wenn der Zolltarif geändert werde, protestire ich gegen die Umtriebe dieser neuen Sozialisten der Schutzöllner-Partei. (Lebhafter Beifall.) Schluß der Sitzung.

Berlin, 15. Juni. Zollparlaments-Sitzung vom 15. Juni.

Nach Erledigung von Formalien trat das Haus in die Spezialdiskussion des Entwurfs, betreffend die Abänderung des Vereinzolltarifs vom 1. Juli 1865 ein und genehmigte ohne Weiteres die ersten vierzehn Nummern des Abschnitts I, in welchem die Gegenstände angeführt sind, welche vom Eingangszolle befreit werden sollen. Ein Antrag des Abgeordneten **Erhard**, auch den Hopfen vom Eingangszoll zu befreien, wird, nachdem sich der Präsident des Bundeskanzleramts dagegen erklärt hatte, abgelehnt.

Eine längere Diskussion entspann sich über den Antrag des Abg. **v. Hennig**, hinter Nr. 14 eine neue Nummer einzufügen, wonach Rohreisen aller Art, sowie altes Bruch Eisen vom Eingangszoll befreit sein soll. (Den fünf Rednern, welche sich für diesen Antrag haben einschreiben lassen, stehen die Abgg. **Stumm**, **Mohl** und **v. Sybel** als Gegner gegenüber.) Der Abg. **Leffe** redet dem Antrag das Wort schon im Interesse der Provinz Preußen, in welcher vor Ein-

führung der Eisenzölle die Eisenindustrie gelübt und Tausende von Händen beschäftigt habe, während dieselbe jetzt gesunken sei. Im Allgemeinen sei großes Gewicht auf die Eisenzölle zu legen, weil es sich hier um eine Industrie handelt, welche den Wohlstand zu heben geeignet ist. Redner erklärt, auf die Ermäßigung des Reiszolles vorläufig verzichtet zu wollen, wofür der Eisenzoll wegfällt, und spricht die Zuversicht aus, daß den Prinzipien des Freihandels doch endlich der Sieg bleiben werde.

Abg. **Stumm** bekämpft den Antrag, weil eine Beseitigung der Eisenzölle das Stillstehen eines großen Theils der Eisenwerke herbeiführen würde. Redner vermahnt sich dagegen, daß man ihn Schutzöllner nenne. Er sei für den Freihandel, aber Alles je nach den Verhältnissen, und die Verhältnisse seien noch nicht darnach angethan, den allgemeinen internationalen Freihandel einzuführen, womit die Angelegenheit durchaus nicht ad calendas graecas verschoben sei. Er tritt im Uebrigen den gestrigen Ausführungen des Bundeskommissärs **Ges.** **Reg.-Rath Michaelis** und des Abg. **Dr. Becker** (Dortmund) entgegen. Bundeskommissär **Ges.** **Rath Michaelis** repliziert und konstatirt hierbei, der Behauptung des Vorredners entgegen, daß ein Widerspruch zwischen dem Präsidenten **Delbrück** und ihm nicht statfinde. Er nimmt Anstöß an der Erklärung des Hrn. **Stumm**, derselbe sei kein Schutzöllner, und bittet ihn, nun auch dieser Erklärung gemäß zu handeln. Abg. **Dr. Becker** (Dortmund) dankt dem Abg. **Stumm**, daß dieser die Interessen des Schutzolles so maßvoll vertheidigt habe. Das Geschehe nicht von allen Schutzöllnern. Redner wiederholt, daß er von der Beseitigung des Eisenzolles keineswegs ein Einlen der Arbeitelöhne befürchtet; er glaubt gerade das Gegentheil. Er warnt schließlich vor der Abänderung der Zollermäßigung auf Reis, weil damit Stimmen für das Amendement **Hennig** verloren gehen könnten.

Präsident **Delbrück** will bei der Wichtigkeit der Sache nicht schweigen; er erklärt aber sofort, daß er nur seine persönliche Ansicht ausspreche, da der Bundesrath über das Amendement **Hennig** noch nicht Beschluß gefaßt hat. Die verbündeten Regierungen seien von der Nothwendigkeit überzeugt, der Industrie das Eisen wohlfeiler zu machen und haben deshalb der Ermäßigung der Eisenzölle nicht entgegengetreten wollen. In Beziehung auf das Roheisen sei die Stellung eine andere. Für Roheisen sei der Zoll erst voriges Jahr um 33 1/2 Proc. ermäßigt worden und man könne augenblicklich noch nicht mit Bestimmtheit die Wirkung dieser Ermäßigung übersehen. Das dürfte auch der Grund sein, weshalb die verbündeten Regierungen das Roheisen noch nicht in den Tarif mit hineingezogen haben, und weshalb sie demgemäß dem Antrag sich abgeneigt zeigen könnten. Die finanzielle Bedeutung des hier in Rede stehenden Beschlusses sei sehr erheblich.

Abg. **Mohl** erhebt sich über den Antrag **Hennig** als einen, dessen Annahme den Bergbau schädigen würde. Man möge nicht auf engliche Verhältnisse hinweisen, England sei ein reiches Land, Deutschland nicht. Er rüht das Bild auf vom Kampfe des thönernen Lotes mit dem eisernen. Abg. **v. Hennig** motivirt den von ihm gestellten Antrag. Nach dem Abg. **v. Hennig** Schluß der Diskussion, persönliche Bemerkungen. Der Antrag **v. Hennig** wird mit geringer Majorität abgelehnt.

Gegenwärtig wird der Antrag **Marquard** auf Eingangszollfreiheit für Spiegelglas abgelehnt, nachdem sich **Delbrück** dagegen erklärt. **Prosch** beantragt die Herabsetzung des Eingangszolles für Roheisen auf 2 1/2 Silbergroschen. **Blankenburg** erklärt, die konservative Partei habe einstimmig beschlossen, keine Verminderung der Einnahmen aus den Tarifen zu votiren, falls nicht auch zugleich durch den Tarif die Deckungsmittel nachgewiesen seien. Sie werde für den Petroleumzoll, die Beibehaltung der Reiszölle und die Ermäßigung des Eisenzolles stimmen. Der Antrag **Prosch's** wird mit 140 gegen 101 abgelehnt.

Die Bestimmung des Gesetzentwurfs, wonach für geschmiedetes und gewaltes Eisen in Stäben, Luppen Eisen, Eisenbahnstienen u. c. im Eingangszoll eine Zollermäßigung auf 17 1/2 Sgr. eintritt, wird mit 130 gegen 104 Stimmen angenommen, darauf der ganze, die Zollermäßigungen betreffende Abschnitt. Schluß der Sitzung.

Berlin, 15. Juni. Wie verlautet, werden die noch in Aussicht genommenen Sitzungen des Norddeutschen Reichstags während der jetzigen Session des Zollparlaments und nicht erst nach dem Schluß desselben abgehalten werden. An Regierungsvorlagen sind für den Reichstag noch der Etat des Bundes-Oberhandelsgerichts und ein Gesetzentwurf zur Regelung der Pensionsverhältnisse für die Invaliden u. c. aus den Unterklaffen der ehemaligen schleswig-holsteinischen Armee zu erwarten.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 12. Juni. (Köln. Ztg.) Man hat dem Kardinal **Rauscher** nachgesagt, er habe seinen Diözesanvikar unterzogen, das Amt von Schulinspektoren auf Grund staatlicher Ernennung zu übernehmen, und einem hiesigen Domkapitular, der einer solchen Ernennung Folge leistete, hinterher schwere Vorwürfe gemacht. Mittlerweile stellt es sich heraus, daß der Erzbischof von Wien genau den entgegengesetzten Weg einschlug, indem er es seinem Vikar zur Pflicht machte, allenthalben der Berufung zu einem solchen Amte Folge zu leisten. Der Kardinal erweist eben, daß die Träger der Kirchengewalt nicht Terrain genug besitzen, um noch freiwillig auf Theile derselben zu verzichten. Im Zusammenhang mit dieser Tagesströmung steht auch wohl die jüngste Zeit als bevorstehend angekündigte Abberufung des Grafen **Trauttmansdorf** aus Rom, ein Schritt, zu dem vorläufig noch kein triftiger Grund vorliegt. Auf einem Mißverständnisse beruht jedoch ganz gewiß die anderweitige Meldung, der Graf habe im Vatikan noch immer seine Kreditivide nicht überreicht. Man verwechselt da die Ueberreichung der Kreditivide mit der feierlichen Auffahrt. Erstere ist bereits vor geraumer Zeit erfolgt; dagegen ist der Graf den Römern allerdings noch immer das Schauspiel seiner feierlichen Auffahrt schuldig geblieben.

Zwischen Wien und Konstantinopel wird neuerlich ein sehr lebhafter Meinungsaustausch gepflogen, dessen Gegenstand das türkische Eisenbahn-Projekt ist. Seitdem Graf **Andrassy** diesfalls eine Interpellation im ungarischen Landtag erlitt, werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Pforte zu veranlassen, den Anschluß von Salonich über Serbien an die ungarische Grenze in Angriff zu nehmen, während **Daub Pascha** bekanntlich zuerst jene Linie begünstigt,

welche, ohne fremdes Gebiet zu berühren, durch Bosnien mit der Südbahn korrespondirt und das Adriatische Meer mit dem Bosporus verbindet. Daß die serbische Linie von Seiten der Pforte in den Hintergrund geschoben wurde, daran trägt die Engherzigkeit der serbischen Regierung und das Ungeschick des diesseitigen Unterhändlers in Belgrad (Grafen **Edmund Zichy**) keine geringe Mitschuld. Jetzt freilich setzt die ungarische Regierung Alles daran, um der Pforte und Serbien Zugeständnisse zu erpressen, und findet hier alle Unterstützung.

Wien, 14. Juni. Von einer großen katholischen Macht (nicht Oesterreich) dürfte dem römischen Stuhl schon in diesem Augenblicke ein bedeutendes Schriftstück übermittelt sein mit dem sehr maßvoll gehaltenen, aber ganz entschiedenen Ausdruck des Vertrauens, die Kurie werde nicht bloß alles Ernstes erwägen, mit welchem Programm sie vor dem ökonomischen Konzil erscheine, sondern sie werde in keinem Fall, auch wenn sie es nicht als ihre wesentliche Aufgabe erkenne, den Inhalt der kirchlichen Satzungen mit den Anschauungen und Bedürfnissen einer neuen Zeit in Einklang zu setzen, Beschlüsse zu lassen oder gar provokiren, welche einen unmittelbaren Eingriff in die staatliche Sphäre darstellten. Es werde im anderen Fall, und wenn nicht in der gedachten Richtung schon vorweg Garantien geboten werden könnten, an die weltliche Gewalt unbedingt und in erster Reihe die Nothwendigkeit herantreten, wenigstens den Episkopat des eigenen Landes von der Versuchung fern zu halten, den vermeintlichen Interessen der Kirche auf Kosten der realen Interessen des Staates zu dienen.

Frankreich.

Paris, 14. Juni. Gestern Abend war Paris vollständig ruhig. Es war zwar eine ungeheure Menge Neugieriger auf den Boulevards, um sich die zerfallenen Journalbuden und die Plätze anzusehen, wo früher die Bänke standen; es fanden auch noch einige militärische Promenaden statt, und um 1 1/2 Uhr sah man noch eine Masse Patrouillen von Stadtsergeanten auf den Straßen und Boulevards, aber auch nirgends wurde die öffentliche Ordnung und Sicherheit gestört. Unter Denjenigen, welche bei den Stragentumulten verwundet oder verhaftet wurden, befinden sich auch ganz hochgestellte Persönlichkeiten, wie z. B. der Graf **v. Rottalier**, der einen furchtbaren Stieb über den Kopf erhielt und krank darniederliegt, zwei Mitglieder der Pariser Gerichtshöfe, die als Gefangene nach der Rue de Drouot geschleppt wurden. Diese Perionen wurden sofort wieder freigegeben. Komisch machte es sich, daß der bekannte Unterfuchungsrichter **Gonet** sich unter Denen befand, die bei einer Charge der Polizei mit dem Volkshaufen davon liefen. Im Fort **Bicêtre** sind ungefähr 1100 Gefangene untergebracht; in jeder Kafematte befinden sich 110—115 Gefangene. Daß sie nicht auf Rosen gebettet sind, läßt sich denken; daß es ihnen aber so übel ergehe, wie ihre Angehörigen und Freunde sagen — sie sprechen von Umkommen in Schmutz und Gestank, von bereits eingetretenen Wahnsinnsfällen u. s. w. — ist nicht erwiesen. Der Chef, der früher Direktor des Schulgefängnisses **Glichy** war, gilt allgemein für einen humanen Mann. Viele der Gefangenen konnten noch nicht verhöört werden, da deren Zahl zu groß ist. Inzwischen ist die Zahl der Unterfuchungsrichter vermehrt worden, so daß der Unterfuchungsprozeß sich fortan rascher abwickeln wird. — Auch in **Maças** und in andern Gefängnissen befinden sich zahlreiche Personen, die gelegentlich der Straßenaufläufe verhaftet worden sind.

Paris, 15. Juni. Man erfährt durch die „France“, daß die Session des Gesetzgeb. Körpers, die für den 28. v. M. einberufen worden ist, weder mit einer feierlichen Eröffnungssitzung, noch mit einer Thronrede eingeweiht werden wird. Die Abgeordneten werden sich versammeln und sofort an's Werk der Prüfungen der Vollmachten gehen. Man glaubt, die Session werde auf keinen Fall länger als 6 Wochen dauern.

Prinz **Napoleon** und Prinzessin **Clotilde** haben seit gestern ihre Sommerresidenz im Pallast von **Meudon** bezogen. — Man erwartet, daß der Kaiser, welcher am 27. v. M. mit der Kaiserin nach **Beauvais** gehen wird, dort eine signifikative Rede halten werde.

Hr. **v. Girardin** hat auf Grund der unaufhörlichen Beschlagnahmen des „Réveil“ und des „Rappel“, welche die faktische Suspension dieser Blätter zur Folge gehabt haben, das Syndikat der Presse für morgen bei sich zur Berathung zusammenberufen.

Bei den Tumulten der vorigen Woche sind eine Menge sonderbarer Dinge vorgekommen. So z. B. wurde der Baron **v. Rothschild**, der Chef des berühmten Bankerhauses festgenommen und nach der Marine abgeführt. In derselben Kassa wurde auch Hr. **Th. Gautier** Sohn, Chef des Press-Bureau's im Ministerium des Innern verhaftet. Auch der Gouverneur des Kaiserl. Prinzen, der General **Frossard** ist, wie man sagt, nur mit genauer Noth dem Hiebe eines Todtschlägers entgangen, den ihm ein Polizeiaгент versehen wollte. Der Herzog von **Ortemart**, dessen Sohn verhaftet und mit den andern Gefangenen nach **Bicêtre** transportirt worden ist, hat aller seiner bis jetzt gethanen Schritte ungeachtet noch nicht seinen Sohn wieder in Freiheit setzen können.

Wie aus **Marseille** telegraphisch gemeldet wird, hat die Behörde einen Theil der Besatzung des geschicktesten Pateibootes „General **Abattucci**“ verhaften lassen. Es laßt auf den Ungehebeligen schwere Anklage. Sie werden durch ein Geotribunal abgeurtheilt werden. — Rente 71.25, Cred. mob. 251.25, ital. Anl. 56.80.

Spanien.

Madrid, 14. Juni. Cortessitzung. Regentchaftsgesetz. Cruz **Dchoa** (Legitimist) erklärt sich zu Gunsten Karls VII. und bekämpft die Idee einer Regentchaft. **Beceerra** antwortet ihm im Namen der Kommission. **Castelar** bekämpft gleichfalls das Regentchaftsgesetz, von dem er glaubt, daß es eben so bedenkliche und traurige Ereignisse nach sich ziehen werde, wie die vorhergegangenen Regent-

schaften. Er erkennt die hohen Eigenschaften des Marschalls Serrano an, glaubt jedoch, daß die liberale Union ihn beherrschen wird. Er gibt zu, daß die republikanische Partei durch das Votum der Cortes überwunden werde; sie resignirt, hofft jedoch, später den Sieg davon zu tragen. Redner fragt endlich, warum der Admiral Topete noch nicht die Fahne des Herzogs v. Montpensier aufgezogen habe? Der Admiral Topete verlangt lebhaft das Wort. Er sagt, weder er noch seine Kollegen dächten daran, irgend Etwas oder irgend welche Persönlichkeit dem Lande aufzubringen; die Entscheidung gehöre den Cortes; aber was ihn betreffe, so betrachte er die Thronbesteigung des Herzogs v. Montpensier als die beste, die einzige Lösung. Die monarchisch-konstitutionelle Partei werde die Monarchie gründen, und er betrachte die Regentenschaft als einen natürlichen Weg zu diesem Ziele.

Belgien.

Brüssel, 14. Juni. Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung mit 34 gegen 23 Stimmen beschlossen, an seinen Beschlüssen vom letzten Samstag bezüglich des Gesetzes, betreffend die Aufhebung der Schuldbriefe, festzuhalten. Der Justizminister versuchte von neuem, aber ohne Erfolg, die Meinungsverschiedenheit zwischen Senat und Repräsentantenkammer auszugleichen.

Großbritannien.

London, 15. Juni. Gestern fand in Birmingham ein stürmisches Meeting wider die irische Kirchenbill statt; es ward ein Brief Bright's verlesen, welcher Drohung gegen das Oberhaus enthielt.

Vermischte Nachrichten.

München, 14. Juni. Am 10. d. ist hier der berühmte Genremaler Bärkel gestorben. Seine zahlreichen und wertvollen Bilder sind in ganz Europa zerstreut. — Nächsten Samstag soll im R. Hoftheater eine Privataufführung von „Tristan und Isolde“ für den König stattfinden.

Koblenz, 12. Juni. Ein Verein deutscher Gasthofbesitzer konstituirte sich gestern, bestehend aus den Inhabern der namhaftesten Hotels des südwestlichen Deutschlands, unter dem Vorsitz des Hrn. D. Caracciola (Hotel Fürstberg in Remagen) zu einem Verband behufs Errichtung eines Centralbureau's zum Engagement des Gasthofpersonals. Dieses Bureau wird in Köln seinen Sitz haben und die Engagements der Stellen unentgeltlich vermitteln; die Bureaus werden in einer eigens erscheinenden Wochenchrift angezeigt. Durch diese Vereinigung suchen die Hotelbesitzer einem längst gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, sich selbst mit brauchbarem und treuem Personal zu versorgen, auf der andern Seite aber auch dem redlichen und moralischen Hotelpersonal zu jeder Zeit, ohne den geringsten Kostenanwand oder drückende Gebühren für das Personal selbst, Stellen in ihrem Verband zu besorgen. Nebenbei wird man auch eine Krankenkasse errichten.

Dresden, 12. Juni. (Allg. Ztg.) Der vor einiger Zeit zum Katholizismus übergetretene Graf v. Schönburg-Glauchau ist weit davon entfernt, der durch seinen Religionswechsel erregten öffentlichen Meinung hinsichtlich der Ausübung seines Collatur- und Patronatsrechts die geringste Konzession zu machen. Nachdem er mit einem ganzen priesterlichen Gefolge aus Rom zurückgekehrt ist, sieht demnach die Errichtung des katholischen Gottesdienstes auf seinen Schlössern mit allem Pomp bevor.

In Wittenberg wurde am 14. Juni die allgemeine deutsche Gewerbe- und Industrieausstellung unter Anwesenheit des Kronprinzen von Preußen, des Protectors der Ausstellung, feierlich eröffnet.

Berlin, 14. Juni. Den im Marineministerium gemachten Abschlüssen zufolge hat die Panzerfregatte „König Wilhelm“ 2,702,438 Thlr. 29 Sgr. 10 Pf. gekostet. Von den beiden anderen Panzerfregatten kostete „Kronprinz“ 1,923,800 Thlr. 21 Sgr. 2 Pf., „Friedrich Karl“ 1,990,533 Thlr. 25 Sgr. 4 Pf., so daß für die drei eben genannten Panzerfregatten 6,616,773 Thlr. 15 Sgr. 4 Pf. verausgabt worden sind. Die Summe sämmtlicher bis Ende vorigen Jahres für den Schiffsbau aufgewandten Kosten beläuft sich auf 15,764,014 Thlr. 13 Sgr. 11 Pf.

Berlin, 14. Juni. Der Abg. Dr. Bamberger veröffentlicht auch in diesem Jahre wieder an seine bejähren Wähler adressirte Parlamentarbriefe. Wir entnehmen dem jedoch verfaßten ersten folgende Schilderung, welche derselbe von dem Verhältnis zwischen der Bundesregierung und dem Norddeutschen Reichstage gibt:

„Die Regierungen, die preussische vor Allen, deren eigene Schöpfung das Parlament ist, deren Appell an das allgemeine Stimmrecht auch die Unterwerfung unter dessen Majorität nach sich zieht, die preussische Regierung würde ihr eigenes Werk und ihre ganze Stellung in den Grund bohren an dem Tage, an welchem sie einen Konflikt mit der Majorität des Reichstags auf sich nähme, oder wenn sie gar, wie unsere kleinräumlichen Minister, mit schweigender Verachtung an der Majorität vorüberginge. So ist es gekommen, daß im Norddeutschen Bund, dem es bekanntlich noch an einem vollständigen verantwortlichen Ministerium fehlt, doch der eigentliche Zweck des Parlamentarismus, nämlich der praktische Einfluß der Majorität, viel weiter entwickelt ist als in den alten Kammern, welchen Minister mit geschriebener Verantwortlichkeit gegenüber stehen. Und das zeigt wieder einmal, wie man die Dinge in der Politik gerade wie auch sonst in der Welt nicht nach dem tohten Buchstaben, sondern nach der lebendigen Wirkung beurtheilen muß. Aber alte Gewohnheiten sind schwer auszutreiben. In unseren alten Kammern galt der für den besten Volksmann, welcher in seinen theoretischen Ausführungen am weitesten ging und von Dem man dachte, daß seine scharfen Reden den Hrn. Minister am meisten ärgern würden (der Minister lachte sich todt über die wehrlose Ohnmacht, wenn er überhaupt die Rede las). Von dieser Gewohnheit ist noch viel geblieben, und so fehlt es auch im Reichstag nicht an Rednern, welche auf diese alte Geschmacksrichtung im Publikum spekuliren. Je mehr wir aber vom Spottparlamentarismus abkommen, welcher entweder für die Gallerie oder für die Zukunft oder für die eigene Herzenseilerleichterung sprach, je mehr der Parlamentarismus ein praktisches Regierungswerkzeug wird, desto mehr wird man lernen auf diejenigen achten, welche ihre Anstrengungen auf thatsächliche Wirkksamkeit berechnen. Das ist oft nicht amüßant, aber vom Amüsement kann man in der Politik so wenig leben wie in anderen Geschäften, auch da gilt das

Spruchwort: was mit der Trommel verdient, geht mit der Felle zum Teufel.“

— R. Wagner's „Judenthum in der Musik“ hat eine ganze Fluth von Broschüren hervorgerufen. Nach einer Mittheilung der „Broschüren“ sind bereits 130 Gegenschriften erschienen.

Paris, 14. Juni. Das bereits erwähnte Schreiben des Herzogs v. Berigny ist an eine Persönlichkeit (man sagt E. Olivier) gerichtet, welche ihn gefragt haben soll, ob es wahr sei, daß er seit dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses für eine reaktionäre Politik sich ausgesprochen habe? Der Herzog sagt nun in seinem Schreiben, daß er es nicht gewesen sei, der die liberale Politik des Kaiserlichen Schreibens vom 19. Januar 1867 angetaucht habe. Uebrigens habe er nie geglaubt und werde nie glauben, daß eine Regierung, welche den Namen Napoleon führe, die Freiheit, gleichviel unter welcher Form es auch sein möchte, nicht ertragen könnte. Wenn das der Fall wäre, dann müßte man an Frankreich verweisen. In seinen Augen vermögen weder das Preß- noch das Vereinsgesetz, noch andere liberale Maßregeln des Kaisers die Unordnungen, die sich in letzter Zeit fundgegeben, zu erklären. Das Uebel komme von den Menschen und nicht von den Dingen. Nicht das Preßgesetz habe die Popularität Gambetta's verursacht, sondern die unbegreifliche Schwäche, womit man einem jungen Advokaten gestattete, dem ganzen Kaiserthum Trost zu bieten. Ebenso wenig habe das Vereinsgesetz einen Theil des Wahlkörpers demoralisirt, sondern die Haltung der Behörde, welche in den öffentlichen Versammlungen das Staatsoberhaupt, die Religion, die Familie und das Eigenthum beschimpfen ließ, statt in entschlossener Weise dem Gesetze Achtung zu verschaffen. Also nicht an den liberalen Maßregeln des Kaisers, sondern an der ungeschickten Ausführung durch die Behörden liege die Schuld. Wenn man die Freiheit in Zügellosigkeit ausarten lasse, führe das Zuchung herbei, welche die Freiheit selbst zu Grunde richten müßten. Die Erfahrung der freien Staaten aller Zeiten verkünde laut diese Lehre. Ohne die juristische Strenge des Brantus und den unbeherrschbaren Ruch Publícola's wäre die römische Freiheit im Keime erstickt und das römische Volk, das größte der Welt, wäre vielleicht für immer unbekannt in der Geschichte geblieben. Was man auch sagen möge, es gebe kein Land, das leichter zu regieren sei als Frankreich, aber nur unter einer Bedingung: die Regierung müsse alle politischen Tugenden besitzen. Sie müsse ehrlich, unabhängig, muthig und entschlossen sein, mit zwei Worten: gerecht und fest, dann werde ihr Alles leicht, dann könne man leicht alle Freiheiten ertragen, allen Gefahren trotzen, sich von jeder Niederlage aufs Neue erheben. Denn in den Augen des französischen Volkes, das mehr den Charakter als den Verstand hochachtet (!), gebe es keinen Irrthum und keinen Fehltritt, den ein großes Herz nicht wieder gut machen könnte. „Darin liegt das Geheimniß dieser sonst unbegreiflichen Unordnungen; die Regierung erschien schwach, erschrocken, kleinmüthig, und ein Theil des Volkes hat sie verachtet. Einige Männer, vielleicht ohne wirklichen Werth, die aber einer großen Regierung zu trotzen wagten, erlöhnten dem Volk als Helden, und das Volk, welches den Muth über Alles ehrt, hat sie bewundert, wie dies bei dem ritterlichen Sinn der Nation begreiflich ist. Im Ganzen hat aber die Lage nichts Benutzendes, um so weniger, als die Koalition von Leidenenschaften und Gelüsten, die sich gegen die Regierung gebildet hat, keine gemeinsame Idee hat, für welche sich der Kampf lohnen würde. Der Kaiser dürfe daher nur fest entschlossen beharren auf dem von ihm eröffneten liberalen Wege, aber er müsse eine ganz neue Generation um sich sammeln: jung, kräftig, verständig, muthig und überzeugungstreu.“

Badische Chronik.

Karlsruhe, 15. Juni. Von der Groß-Regierung ist an die Regierungen der Rheinver-Estaaten die Einladung ergangen, im August d. J. zu Mannheim eine Kommission von Bevollmächtigten dieser Staaten Behufs einer Verständigung über die zum Schutz der Fischerei im Rhein zu treffenden Maßregeln zusammenzutreten zu lassen.

Karlsruhe, 16. Juni. Dem Vernehmen nach ist zwischen dem Unternehmer der Pferde-Eisenbahn von Mühlburg durch Karlsruhe nach Durlach, Hrn. Broadwell, und der Staats- und städtischen Behörde über die Ausführung dieses Unternehmens vollständige Uebereinstimmung erzielt und erscheint dasselbe nunmehr gesichert.

— In der demokratischen Korrespondenz des Hrn. Freye finden sich fortwährend Artikel, welche auf's Eifrigste für Beilegung der „konfessionellen Unterschiede“ (als welche dem genannten modernen Demokraten der ganze Kampf gegen den Ultramontanismus sich darstellt) plaidiren. Die demokratischen badischen Blätter wagen es allerdings nicht, solche Artikel aufzunehmen, weil sie wissen, daß sie sich damit der öffentlichen Meinung gegenüber unmöglich machen würden. Dagegen drucken ultramontane Blätter diese demokratischen Ergüsse mit großem Wohlbehagen ab!

Stillingen, 15. Juni. Vorigen Sonntag den 13. d. M. fand hier die diesjährige Generalversammlung der landw. Vereine statt. Vertreter aller Bezirksvereine hatten sich eingefunden; außerdem beteiligten sich zahlreiche Landwirthe und Mitglieder des Stillingen Vereins, so daß ungefähr 150 Personen bei Eröffnung der Versammlung anwesend waren. Hr. Oberamtmann Lumpy begrüßte als Vorsitzender die Theilnehmer und übertrug hierauf das Wort an Hrn. Generalsekretär Dr. Funk von Karlsruhe, welcher den ersten Gegenstand der Beratung: „Der landw. Unterricht und die Errichtung einer Kreiswinterschule“, durch einen warmen und ausführlichen Vortrag einleitete. Gegenüber den Ansichten, welche mehrfach laut geworden, daß die Winterschule in Karlsruhe aufgehoben und an einen andern Ort verlegt werden sollte, vertheidigte er lebhaft das Verbleiben derselben in der Residenz. Es schloß sich an diesen Gegenstand eine ungemein lebhafte Debatte, an welcher sich die Hh. Bürgermeister Paravicini von Bretten (Mitglied des Landeskultur-Raths), Ministerialrath Dr. Rau von Karlsruhe, Domänenverwalter Dr. Rau von Forzheim, Staatsrath Dr. Vogelmann, Ministerialrath Urban, Wanderlehrer Merklin, Dr. Funk und Gemeindevorstand Baureithel von Stillingen beteiligten. Schließlich wurde der Antrag mit großer Majorität angenommen, daß eine Winterschule im Kreis Karlsruhe verbleiben solle; über die Wahl des Ortes für dieselbe wurde eine Entscheidung jedoch noch nicht getroffen.

Während der Diskussion tauchte, angeregt durch Staatsrath Dr. Vogelmann, auch das Projekt auf, mit den Volksschulen Fortbildungsschulen zu verbinden und in diese einen Theil der landwirthschaftl.

Elementarkenntnisse aufzunehmen. Mit großer Wärme wurde dieser Gedanke sofort von den Hh. Ministerialräthen Dr. Rau und Lumpy von Karlsruhe noch weiter ausgeführt und von seiner praktischen Seite und der Seite seiner Bedeutung für Volkserziehung im Allgemeinen vielseitig beleuchtet und empfohlen.

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung: „Ueber Anlegung zweckmäßiger Feldwege und über Zusammenlegung der Grundstücke zu besserer Gewanneintheilung“ leitete Hr. Paravicini mit kurzem Vortrag ein, in welchem er die Bedeutung dieses Gegenstandes für rationellen Betrieb des Feldbaues sehr deutlich zu machen wußte. Von den Hh. Dr. Rau (Forzheim), Baureithel (Stillingen), Oberamtmann Lumpy, Domänenverwalter Nebel, Landwirthschaftslehrer Merklin wurden Erfahrungen mitgeteilt, welche bei diesen Arbeiten im Lande gemacht worden waren. Von Allen aber, so auch von den Hh. Dr. Funk und Kulturinspektor Sulzer, wurden die großen Schwierigkeiten hervorgehoben, welche sich solchen Unternehmungen durch den Mangel an Einsicht von Seiten der Beteiligten gewöhnlich entgegenstellten.

Erst um 7 Uhr wurde die Versammlung geschlossen und zwar mit einem Hoch auf die Götter, welche in so großer Anzahl von allen Seiten gekommen waren und einem Hoch auf Hrn. Oberamtmann Lumpy, der in so umsichtiger und geschickter Weise die Verhandlungen geleitet hatte. Jedenfalls schieden alle Theilnehmer mit großer Befriedigung von dem Orte, an welchem so interessante Verhandlungen gepflogen worden waren.

— Der Spitalfond Bretten ist durch Erlass Großh. Staatsministeriums nunmehr in die Verwaltung der politischen Gemeinde übergegangen. Doch sollen die beiden Fondtheile, der evangelische und katholische, getrennt verwaltet werden zu Gunsten der betreffenden Konfessionen. Als Spitalvorstand sollen sieben Männer fungiren, der Bürgermeister, 2 vom Gemeinderath zu wählende Mitglieder des Gemeinderaths und 4 vom großen Ausschuss aus der Bürgererschaft zu ernennende Vorstände, je 2 Evangelische und 2 Katholiken.

— In Bretten wurde am 8. Juni, Nachts zwischen 1 und 2 Uhr, ein frecher Diebstahl verübt. Fuhrmann Job. Freund hörte nämlich vor seinem Hause Jemand mit Pferden halten, er sah hinaus und bemerkte, daß Jemand zwei Pferde an seinen eigenen Wagen spannt. Freund eilte dem Dieb nach, konnte ihn aber nicht mehr einholen und verlor, bis er nach Knittlingen kam, seine Spur. Morgens früh kam nun auch ein Landwirth von Berghausen, um einen Dieb zu verfolgen, der ihm einige Stunden zuvor 2 Pferde gestohlen hätte. Es stellte sich heraus, daß es derselbe Dieb war; in Berghausen stahl er 2 Pferde, ritt mit denselben nach Bretten, spannte sie vor Freund's Wagen und fuhr Knittlingen zu. — So viel man hört, soll Wagen und Pferde im Lauf jenes Tages in Mühlbader aufgefunden worden sein, ohne jedoch den Thäter zu ermitteln. Möge es der Polizeibehörde gelingen, auch diesen ausfindig zu machen.

— Vom 22.—24. ds. wird in Heidelberg über Einführung konfessionell-gemischter Volksschulen abgestimmt werden. Die Gegner bieten natürlich Alles auf, um einen Erfolg zu hintertreiben; man hofft aber, daß die badischen Pädagogen in Heidelberg so wenig wie in Mannheim von ihren bayrischen Stammesgenossen bekümmert lassen.

— **Karlsruhe, 14. Juni.** (Heidelb. Ztg.) Gestern fand in Dürmersheim eine sehr zahlreich besuchte Versammlung von Gemeindevorstellern und sonstigen Interessenten statt, welche die Fortsetzung der bereits im Bau befindlichen Rheinbahn Mannheim-Karlsruhe über Dürmersheim nach Karlsruh besprach und den Beschluß faßte, alsbald die Vorarbeiten fertigen zu lassen, um die Größe des nöthigen Kapitals ermitteln zu können. Die Bahn, die sehr im Interesse unserer theilweise sehr bedeutenden Niedorte liegt, bietet keinerlei Schwierigkeiten; es könnte sogar auf eine bedeutende Strecke die schon bestehende Landstraße als Bahnkörper benutzt werden. — Am 12. d. M. konstituirte sich auch hier ein national-liberaler Verein, der schon jetzt dem Vernehmen nach 50—60 Mitglieder zählt. Rechtsanwält Stigler wurde zum Geschäftsführer und Dr. Bopp zum Kassier des Vereins gewählt.

— Samstag Abend konstituirte sich in Baden der Bürgerabend als deutsch-freisinniger Verein. Sonntag Nachmittag fanden zwei größere Versammlungen der deutsch-freisinnigen Partei statt: zu Bahl und zu Ladenburg. Beide waren von 4—500 Personen besucht, worunter viel Landvolk; am ersteren Orte wohnte Hr. Anwalt Kiefer bei und hielt eine größere, mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede.

— **Wollsch.** (Kinzigthaler.) Letzten Sonntag besuchte Dr. Hofrath Dr. Kuzmaul von Freiburg das hiesige Kiefernadelbad mit einem Besuch. Derselbe sprach sich über die Wirkungen der Kiefernadelbäder bei rheumatischen Leiden sehr vorthellhaft und zugleich den Wunsch aus, es möchte der Anstalt von allen Seiten die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Freiburg, 15. Juni. (Oberb. Kur.) Gestern Nachmittag zwischen drei und vier Uhr hatten wir ein zwar kurzes, aber heftiges Gewitter. Der Blitz schlug in dem Sporer'schen (früher Colombischen) Gute in einen Tannenbaum, an dessen Seite er, eine breite Furche bildend, etwa zwei Drittel der ganzen Länge in gerader Richtung herabfuhr. Die Erschütterung der Luft war so groß, daß in dem etwa 30 Fuß entfernten Nebengebäude einige Fensterscheiben zersprangen. Auch in der Nähe der „Stadt Wien“ soll der Blitz einen Baum enturzelt haben.

Frankfurt, 16. Juni. — Ubr — Rin. Nachm. Dester. Kreditaktien 315¹/₂, Staatsbahn Aktien 363, National —, Steuerfreie —, 1860r Loose 85¹/₂, Dester. Valuta 96¹/₄, 4pro. bad. Loose 104, Amerikaner 86¹/₁₆, Gold —.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

15. Juni	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Procenten.	Wind.	Himm. mel.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 7,0 ⁰⁰	+10,5	0,98	S.W.	91. bed.	Regen, wind., kühl
Morg. 2 „	27° 8,9 ⁰⁰	+ 9,9	0,88	„	„	windig, trüb, kühl
Nacht 9 „	27° 9,2 ⁰⁰	+11,4	0,56	„	„	windig, kühl

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Roentgen.

